

**Prüfungsordnung  
für den Bachelorstudiengang Raumplanung  
der Fakultät Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund  
vom 4. Februar 2013**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 i. V. m. § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31.10.2006 (GV.NRW S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2012 (GV.NRW S. 90), hat die Technische Universität Dortmund die folgende Ordnung erlassen:

**I. Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich der Bachelorprüfungsordnung
- § 2 Ziele des Studiums
- § 3 Zugangsvoraussetzungen
- § 4 Bachelorgrad
- § 5 Regelstudienzeit, Studienumfang und Leistungspunktsystem
- § 6 Module und Modulhandbuch

**II. Allgemeine Prüfungsregelungen**

- § 7 Prüfungen und Nachteilsausgleich
- § 8 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 9 Klausuren
- § 10 Studienarbeiten
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Prüfungsausschuss
- § 13 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 14 Einsicht in die Prüfungsunterlagen
- § 15 Anrechnung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

**III. Modulprüfungen**

- § 17 Studienprojekte
- § 18 Städtebauliche Entwürfe
- § 19 Seminare
- § 20 Praxisphase
- § 21 Studium fundamentale
- § 22 Bachelorarbeit

**IV. Studienabschluss**

- § 23 Zulassung zur Bachelorprüfung
- § 24 Bachelorprüfung
- § 25 Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen, Erwerb von Leistungspunkten, Bildung von Noten
- § 26 Zusatzqualifikationen
- § 27 Bachelorurkunde, Zeugnis, Bescheinigungen für einen Hochschulwechsel
- § 28 Ungültigkeit der Prüfung und Aberkennung des Bachelorgrades

**V. Schlussbestimmungen**

- § 29 Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsbestimmungen

## I. Allgemeine Bestimmungen

### § 1

#### Geltungsbereich der Bachelorprüfungsordnung

Diese Bachelorprüfungsordnung gilt für den Bachelorstudiengang Raumplanung an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Sie regelt gem. § 64 Abs. 1 Hochschulgesetz NRW (HG) die Strukturen des Bachelorstudiums.

### § 2

#### Ziele des Studiums

- (1) Das Bachelorstudium der Fakultät Raumplanung dient der Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit in der Raumplanung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern auf allen räumlichen Ebenen. Tätigkeitsfelder sind u. a. Stadtplanung, Städtebau, Bauleitplanung, Immobilienwirtschaft und Projektentwicklung, Beteiligungsprozesse und Moderation, Stadtumbau und Stadterneuerung, Regionalplanung, Raumordnung, Wirtschaftsförderung sowie raumbedeutsame Fachplanungen wie Landschaftsplanung und Verkehrs- und Infrastrukturplanung.
- (2) Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiums erwerben einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Darüber hinaus bereitet das Bachelorstudium auf ein Masterstudium der Stadt- und Raumplanung vor. Aufgrund der im Studium erworbenen ingenieur-, natur-, gesellschafts- und planungswissenschaftlichen Kompetenzen werden Raumplanerinnen und Raumplaner dazu qualifiziert:
  - die natürlichen, sozialen, ökonomischen und technischen Lebensbedingungen in einem Gebiet zu beurteilen und zukünftige Entwicklungen im Hinblick auf die vielfältigen Nutzungsansprüche und die ökologischen Erfordernisse abzuschätzen,
  - raumbedeutsame Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Akteure aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu erkennen und sachgerecht in die Entwicklung und Umsetzung von Plänen und Projekten, das planerische Verwaltungshandeln sowie in die demokratischen Entscheidungsprozesse einzubringen,
  - an Lösungen für Aufgaben der Planungspraxis analytisch, methodisch und gestaltend mitzuwirken,
  - neuen planerischen Herausforderungen kreativ zu begegnen und sie in bestehende Planungsprozesse zu integrieren,
  - globale Herausforderungen mit ihren Anforderungen in Planungen auf lokaler und regionaler Ebene zu integrieren,
  - zur Sicherung und Umsetzung von Planungsergebnissen und Plänen sowie zur Realisierung von raumbedeutsamen Projekten beizutragen,
  - den Bezug des raumplanerischen Handelns zu sozialen, ökonomischen und politischen Interessen sowie zu ökologischen Erfordernissen zu erkennen und in rechtliche und verfahrensmäßige Rahmenbedingungen einzuordnen,
  - aktuelle Fragestellungen aus der Planungspraxis und der Planungsforschung nach wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen selbstständig und kooperativ in Gruppen verschiedener Größe zu bearbeiten,
  - das eigene Handeln kritisch zu analysieren und zu reflektieren.
- (3) Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Grundlagen- und Sektoralplanungsinhalte erworben haben sowie die Zusammenhänge des integrierenden und querschnittsorientierten Faches Raumplanung überblicken und die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse allein und in Gruppen selbstständig anzuwenden.

### **§ 3 Zugangsvoraussetzungen**

Zugangsvoraussetzung für das Bachelorstudium ist das Vorliegen einer Hochschulzugangsberechtigung oder einer sonstigen Qualifikation im Sinne des § 49 HG.

### **§ 4 Bachelorgrad**

Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung (§ 24 Abs. 2) verleiht die Technische Universität Dortmund durch die Fakultät Raumplanung den akademischen Grad Bachelor of Science (B.Sc.).

### **§ 5 Regelstudienzeit, Studiumumfang und Leistungspunktsystem**

- (1) Die Regelstudienzeit des Bachelorstudiums beträgt acht Semester und schließt die Anfertigung der Bachelorarbeit mit ein.
- (2) Das Studium ist auf der Basis eines Leistungspunktsystems aufgebaut, das mit dem European Credit Transfer System (ECTS) kompatibel ist. Jedem Modul wird gemäß seinem Studienaufwand eine Anzahl von Leistungspunkten (LP) zugeordnet. Ein Leistungspunkt im Sinne dieser Prüfungsordnung entspricht einem ECTS-Punkt, für den ein Arbeitsaufwand (workload) der oder des Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis max. 30 Stunden angenommen wird. Im Bachelorstudium sind insgesamt 240 Leistungspunkte durch erfolgreich absolvierte Module nach § 24 Abs. 2 zu erwerben.
- (3) Je Semester sind in der Regel 30 Leistungspunkte zu erwerben.
- (4) Leistungspunkte werden auf der Basis erfolgreich und vollständig abgeschlossener Module vergeben.
- (5) Das Studium kann nur im Wintersemester aufgenommen werden.

### **§ 6 Module und Modulhandbuch**

- (1) Das Studium gliedert sich in Module, die sich jeweils über höchstens zwei Semester erstrecken. Diese Module sind inhaltlich und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene Studieneinheiten mit einem Umfang von in der Regel mindestens 5 Leistungspunkten. Die Module teilen sich in einen Pflicht- und Wahlpflichtbereich auf. Pflichtmodule (P) müssen von allen Studierenden absolviert werden. Sind Module als Wahlpflicht (WP) gekennzeichnet, können Studierende zwischen mindestens zwei alternativen Modulen wählen.
- (2) In § 24 Abs. 2 sind die Module, einschließlich der zu erwerbenden Leistungspunkte und Prüfungsleistungen dargestellt. Alle Module der Bachelorprüfung nach § 24 Abs. 2 werden in einem Modulhandbuch konkretisiert.
- (3) Den Beschluss über Aufstellung und Änderung des Modulhandbuchs trifft der Fakultätsrat der Fakultät Raumplanung.
- (4) Das Modulhandbuch enthält insbesondere die Konkretisierung der abzulegenden Prüfungen mit den dazugehörigen Lehrinhalten und zu erwerbenden Kompetenzen sowie den Veranstaltungsturnus, die Modulstruktur, die Aufteilung in Modulelemente und deren Veranstaltungstypen.
- (5) Das Modulhandbuch trifft Festlegungen darüber, ob Modulelemente Pflicht (P) oder Wahlpflicht (WP) sind. Pflichtelemente müssen von allen Studierenden absolviert werden. Sind Modulelemente als Wahlpflicht gekennzeichnet, können Studierende zu jedem so gekennzeichneten Element aus mindestens zwei Alternativen wählen.

- (6) Die Lehrveranstaltungen des Bachelorstudiengangs Raumplanung werden zu Beginn eines Semesters im kommentierten Vorlesungsverzeichnis angekündigt.
- (7) Im Modulhandbuch wird für jedes Modul die zulässige Lehrveranstaltungssprache ausgewiesen. In Wahlpflichtmodulen und Wahlpflichtelementen können Veranstaltungen in englischer Sprache angeboten werden, wenn es mindestens eine deutschsprachige Alternative gibt. Die Prüfungsleistung erfolgt in der Lehrveranstaltungssprache. Die Fremdsprachigkeit einer Lehrveranstaltung wird durch die Lehrenden vor Beginn der Veranstaltung im kommentierten Vorlesungsverzeichnis angekündigt.
- (8) In Pflichtmodulen und Pflichtelementen ist die Lehrveranstaltungssprache Deutsch. Dies hindert nicht die Einbeziehung fremdsprachiger Forschungsinhalte. In Pflichtmodulen und Pflichtelementen können Lehrveranstaltungen zusätzlich zur deutschsprachigen Veranstaltung auch fremdsprachig angeboten werden. Die Studierenden können in diesen Fällen zwischen einer deutschsprachigen und einer fremdsprachigen Prüfungsleistung wählen.

## II. Allgemeine Prüfungsregelungen

### § 7

#### Prüfungen und Nachteilsausgleich

- (1) In der Regel werden alle Elemente eines Moduls nach Besuch der Lehrveranstaltungen durch eine Prüfung (Modulprüfung) abgeschlossen. Alternativ können Module auch durch Prüfungen zu einzelnen Modulelementen (Teilleistungen) abgeschlossen werden.
- (2) Die Modulprüfungen und Teilleistungen werden studienbegleitend in Form von Klausuren, Studienarbeiten, mündlichen Prüfungen sowie in weiteren modulbezogenen Prüfungsleistungen nach Abschnitt III dieser Prüfungsordnung erbracht. Die jeweils verantwortlichen Lehrenden können mit Zustimmung des Prüfungsausschusses im Einzelfall andere geeignete Prüfungsformen festlegen.
- (3) In Modulen, die mit einer Modulprüfung abschließen, kann im Modulhandbuch vorgesehen werden, dass die Zulassung zur Modulprüfung von der erfolgreichen Erbringung zusätzlicher Leistungen (Studienleistungen) abhängig gemacht wird. Dies können insbesondere sein: Exposé, Zwischenbericht, Zwischenpräsentation sowie themen- und gebietsspezifische Leistungen. Studienleistungen sind mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ zu bewerten. Die Anforderungen einer Studienleistung liegen in Form und Umfang deutlich unterhalb der Anforderungen der Modulprüfung des jeweiligen Moduls.
- (4) Form und Umfang der Modulprüfungen, Teilleistungen und Studienleistungen sind im Modulhandbuch festgelegt.
- (5) Machen Studierende durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage sind, eine Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder Frist abzulegen, so legt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses fest, in welcher anderen Form oder Frist die Prüfungsleistung erbracht wird. Bei Zweifeln wird die zuständige Person oder Stelle für Fragen zu Belangen behinderter Studierender beteiligt (z.B. Dortmunder Zentrum Behinderung und Studium).
- (6) Prüfungsleistungen in schriftlichen oder mündlichen Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird, und in Wiederholungsprüfungen bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen und Prüfern zu bewerten.
- (7) Die Bewertung der Modulprüfungen bzw. Teilleistungen ist von den Prüferinnen oder Prüfern unverzüglich dem Prüfungsausschuss mitzuteilen. Die Bewertung von schrift-

- lichen Prüfungsleistungen ist den Studierenden spätestens nach sechs Wochen, aber mindestens eine Woche vor einer zugehörigen Wiederholungsprüfung, bekannt zu geben.
- (8) Die Prüfungsverfahren müssen die gesetzlichen Mutterschutzfristen sowie Ausfallzeiten durch die Pflege im Haushalt lebender, überwiegend zu betreuender Kinder, durch die Pflege des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder einer oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, soweit diese oder dieser pflegebedürftig ist, berücksichtigen.
  - (9) Sofern ein ordnungsgemäßes Prüfungsverfahren sichergestellt ist, kann der Prüfungsausschuss auf Antrag Ausnahmen hinsichtlich Art, Ort und Zeitpunkt der Prüfung bewilligen, wenn zum vorgesehenen Prüfungszeitpunkt ein begründeter studienfördernder Auslandsaufenthalt angestrebt wird und die Teilnahme am regulären Prüfungsverfahren unzumutbar ist.
  - (10) Für Prüfungen während eines Urlaubssemesters gelten die Vorgaben des § 48 Abs. 5 HG.

## § 8

### Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Die Modulprüfungen und Teilleistungen können, wenn sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, einmal wiederholt werden. Fehlversuche in gleichen oder verwandten Studiengängen an anderen Hochschulen sind anzurechnen. Eine nicht bestandene Prüfung ist innerhalb von zwei Semestern zu wiederholen. Andernfalls verlieren die Studierenden den Prüfungsanspruch, es sei denn, sie weisen nach, dass sie das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten haben. Bestandene Prüfungen können nicht wiederholt werden. Studienleistungen können beliebig oft wiederholt werden.
- (2) Bei Nichtbestehen einer Modulprüfung oder einer Teilleistung in einem Wahlpflichtmodul kann die Wiederholungsprüfung auch in einem anderen Wahlpflichtmodul abgelegt werden. Bei Nichtbestehen einer Teilleistung in einem Pflichtmodul ist nur diese zu wiederholen. Bei Nichtbestehen einer Modulprüfung oder einer Teilleistung zu Wahlpflichtelementen kann die Wiederholungsprüfung auch zu anderen Wahlpflichtelementen des Moduls abgelegt werden.
- (3) Vor Festsetzung der Note „nicht ausreichend (5)“ nach der erfolglosen Wiederholung einer Prüfung ist dem bzw. der Studierenden die Möglichkeit einer mündlichen Ergänzungsprüfung zu gewähren. Für die Abnahme der mündlichen Ergänzungsprüfung gilt § 11 Abs. 1 und 3 entsprechend. Wird die Ergänzungsprüfung bestanden, so wird die Note „ausreichend (4,0)“, andernfalls die Note „nicht ausreichend (5)“ festgesetzt. Wird der vom Prüfungsausschuss festgesetzte Termin für eine Ergänzungsprüfung ohne triftigen Grund versäumt (§ 16 Abs. 2), gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden.

## § 9

### Klausuren

- (1) Für Prüfungen in Form von Klausuren ist im Modulhandbuch eine Bearbeitungszeit von maximal 180 Minuten zu bestimmen. Zugelassene Hilfsmittel werden vor der Prüfung von der bzw. dem jeweiligen Lehrenden im Rahmen der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.
- (2) Die Klausurarbeiten werden unter Aufsicht durchgeführt und sind nicht öffentlich. Die Teilnahme an der Klausur setzt eine Anmeldung unmittelbar vor Beginn der Bearbeitung unter Angabe von Namen und Matrikelnummer und unter Vorlage eines gültigen amtlichen Lichtbildausweises voraus. Ein Rücktritt von der Anmeldung ist nach Ausgabe der Prüfungsaufgabe ausgeschlossen. Bei Klausurarbeiten mit Teilnahmevo-

raussetzungen gemäß § 24 Abs. 4 ist eine im kommentierten Vorlesungsverzeichnis anzukündigende elektronische Voranmeldung vorzusehen.

- (3) Für die Klausurprüfung werden vom Prüfungsausschuss drei Termine festgesetzt (Prüfungskampagne). Zwei der Termine müssen bis zum Ende der auf die Lehrveranstaltung folgenden vorlesungsfreien Zeit angeboten werden, der dritte Termin kann auch im darauf folgenden Semester liegen. Die Teilnahme am dritten Termin setzt die erfolglose Teilnahme an einer der vorangegangenen Klausurprüfungen voraus. Studierende können je Modulprüfung bzw. Teilleistung nur an einer Prüfungskampagne teilnehmen. Die Modulprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine Studierende oder ein Studierender an einer Prüfungskampagne ohne Erfolg teilgenommen und die mündliche Ergänzungsprüfung (§ 8 Abs. 3) nicht bestanden hat.
- (4) Termine für Klausurprüfungen werden innerhalb des Semesters der Lehrveranstaltung bekannt gegeben, spätestens aber bis zum 30. Juni für Prüfungen im Anschluss an die Vorlesungszeit im Sommersemester bzw. bis zum 31. Dezember für Prüfungen im Anschluss an die Vorlesungszeit im Wintersemester.

### **§ 10 Studienarbeiten**

- (1) Studienarbeiten sind schriftliche oder graphische Ausarbeitungen. Art und Umfang sind von den verantwortlichen Lehrenden zu Beginn des Semesters bzw. 14 Tage vor der Anmeldung zur Prüfungsleistung im kommentierten Vorlesungsverzeichnis anzukündigen.
- (2) Die Studienarbeit ist nach Festlegung der verantwortlichen Lehrenden in Papierform und/oder elektronisch bei diesen einzureichen und innerhalb von sechs Wochen zu bewerten. Im Falle des Nichtbestehens ist dem bzw. der Studierenden spätestens bis zum Ende des folgenden Semesters Gelegenheit zu einem Wiederholungsversuch unter Festsetzung eines neuen Themas zu geben.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist über die Bewertung einer Studienarbeit unter Angabe des Moduls bzw. Modulelements und des Veranstaltungstitels sowie des Namens und der Matrikelnummer der bzw. des Studierenden in Kenntnis zu setzen.

### **§ 11 Mündliche Prüfungen**

- (1) Mündliche Prüfungen werden vor zwei Prüferinnen bzw. Prüfern oder einer Prüferin bzw. einem Prüfer und einer sachkundigen Beisitzerin bzw. einem sachkundigen Beisitzer als Gruppenprüfung mit bis zu drei Studierenden bzw. als Einzelprüfung abgelegt. Je Studierender oder Studierendem ist eine Prüfungsdauer von 20 bis 30 Minuten vorzusehen.
- (2) Studierende können Vorschläge für Prüfungsschwerpunkte machen, die an die Gegenstände ihrer Projekt- und Entwurfsarbeiten oder einen gewählten Studienschwerpunkt anknüpfen können.
- (3) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Vor der Festsetzung der Note gemäß § 25 Abs. 1 hat die Prüferin oder der Prüfer die Beisitzerin oder den Beisitzer zu hören. Das Ergebnis der Prüfung ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Studierende, die sich zu einem späteren Zeitpunkt der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen, es sei denn, die oder der zu prüfende Studierende widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.
- (4) Der Prüfungsausschuss legt für die mündlichen Prüfungen Prüfungszeiträume in der vorlesungsfreien Zeit fest. Prüfungen außerhalb der festgelegten Prüfungszeiträume

sind im Einvernehmen mit den Prüfenden zulässig. Der Prüfungsausschuss legt die Prüfungstermine und die Einzelheiten des Anmeldeverfahrens fest und gibt diese rechtzeitig durch Aushang bekannt. Ein Rücktritt vom festgelegten Prüfungstermin ist ohne Angabe von Gründen nur binnen einer Frist von drei Tagen nach Bekanntgabe des Prüfungstermins möglich.

## § 12 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet.
- (2) Der Prüfungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, und zwar drei Mitgliedern aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, einem Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.
- (3) Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat nach Gruppen getrennt für zwei Jahre, die Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden für ein Jahr gewählt. Der Fakultätsrat wählt Vertreterinnen und Vertreter für alle Mitglieder mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters. Der Prüfungsausschuss wählt aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Vorsitzende oder den Vorsitzenden sowie die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Der Prüfungsausschuss wacht darüber, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und trifft die für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen erforderlichen Maßnahmen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen im Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen und für die Abstimmung von fakultätsübergreifenden Frage- und Problemstellungen. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss der Fakultät regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und des Modulhandbuchs. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung bestimmter Aufgaben (z. B. Anerkennungsfragen, Eilentscheidungen usw.) im Rahmen der laufenden Geschäfte der oder dem Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und den Bericht an die Fakultät.
- (5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder deren bzw. dessen Vertreterin oder Vertreter mindestens ein Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer und ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder wirken an pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen nicht mit. Als solche gelten insbesondere die Beurteilung, die Anerkennung oder die Anrechnung von Leistungen, die Festlegung von Prüfungsaufgaben und die Bestellung der Prüferinnen und Prüfer sowie der Beisitzerinnen und Beisitzer.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (7) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (8) Die wesentlichen administrativen Aufgaben des Prüfungsausschusses übernimmt das Sekretariat des Prüfungsausschusses.

### § 13

#### **Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer**

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer bzw. die Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß den gesetzlichen Vorgaben. Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen. Zur Prüferin oder zum Prüfer bzw. zur Beisitzerin oder zum Beisitzer dürfen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie weitere prüfungsberechtigte Personen im Sinne des § 65 Abs. 1 HG bestellt werden. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf bestellt werden, wer eine Diplom-, Master- oder Bachelorprüfung im entsprechenden Fachgebiet bestanden hat oder entsprechende einschlägige Qualifikationen nachweisen kann.
- (2) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

### § 14

#### **Einsicht in die Prüfungsunterlagen**

- (1) Nach Bekanntgabe eines Klausurergebnisses wird den Studierenden auf Antrag Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt. Zeit und Ort der Einsichtnahme werden von den Prüferinnen und Prüfern festgelegt und mit der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse durch Aushang bekanntgegeben.
- (2) Die Einsicht in die weiteren schriftlichen Prüfungsleistungen und die darauf bezogenen Gutachten wird den Studierenden auf Antrag durch die Prüferinnen und Prüfer gewährt.
- (3) Die Einsicht in die Protokolle der mündlichen Prüfungen wird den Studierenden auf Antrag durch den Prüfungsausschuss gewährt.
- (4) Soweit die Einsicht nicht formlos im Einvernehmen mit der Prüferin bzw. dem Prüfer erfolgt, kann ein Antrag auf Einsicht binnen drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt werden. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

### § 15

#### **Anrechnung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester**

- (1) Leistungen in dem gleichen Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.
- (2) Leistungen in anderen Studiengängen der Technischen Universität Dortmund oder an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Leistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, werden auf Antrag angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Leistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Technischen Universität Dortmund im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist eine bewertende Gesamtbetrachtung vorzunehmen.
- (3) Für die Gleichwertigkeit von Leistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden. Im Rahmen von ECTS erworbene Leistungspunkte werden bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen angerechnet. Vor Abreise der oder des Studierenden ins Ausland soll eine schriftliche Vereinbarung zwischen der oder dem Studierenden, einer Beauftragten oder einem Beauftragten des Prüfungsausschusses und einer Vertreterin oder einem Vertreter des Lehrkörpers an der Gasthochschule erfolgen, die Art und Umfang der für eine Anrechnung vorge-



- sehenen Leistungspunkte regelt, es sei denn, der Austausch erfolgt im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung.
- (4) Für die Anrechnung von Leistungen in staatlich anerkannten Fernstudien oder in vom Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
  - (5) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 12 HG berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Leistungen der Bachelorprüfung angerechnet. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.
  - (6) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten können auf Praxisphasen angerechnet werden.
  - (7) Leistungen, die nicht nach den Absätzen 2 bis 6 gleichwertig sind, jedoch im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in einem Staat erbracht wurden, der das „Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region“ (Lissabonner Anerkennungskonvention vom 11.4.1997) ratifiziert hat, werden auf Grundlage der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten dann angerechnet, wenn kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen des Studiengangs festgestellt wird, zu dem die Anrechnung beantragt wird.
  - (8) Zuständig für die Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 7 ist der Prüfungsausschuss. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit oder über nicht wesentliche Unterschiede sind zuständige Fachvertreterinnen oder Fachvertreter zu hören.
  - (9) Werden Leistungen angerechnet, sind die Noten zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Die Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
  - (10) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 7 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Leistungen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Aufgrund von Leistungen, die nach den Bestimmungen der Absätze 1 bis 7 anzurechnen sind, können insgesamt höchstens 120 Leistungspunkte erworben werden.

## § 16

### Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend (5)“ bewertet, wenn die oder der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn sie bzw. er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der oder des Studierenden oder eines von der oder dem Studierenden überwiegend zu betreuenden Kindes ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Bei Krankheit der oder des Studierenden müssen sich aus dem ärztlichen Attest die Befundtatsachen ergeben, die in allgemein verständlicher Form die Prüfungsunfähigkeit belegen. Bei Ergänzungsprüfungen nach § 8 Abs. 3, in Zweifelsfällen oder im Wiederholungsfall kann die Beibringung eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe für den Rücktritt bzw. das Versäumnis nicht an, wird dies der oder dem Studierenden schriftlich mitgeteilt.
- (3) Wird eine Prüfungsleistung durch Täuschung (z. B. Verwendung unerlaubter Hilfsmittel, Übernahme von Textpassagen ohne Wiedergabe als Zitat, Abschreiben etc.) beeinflusst, gilt diese Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend (5)“ bewertet. Die Ent-

scheidung, ob eine Täuschungshandlung vorliegt, trifft die jeweilige Prüferin oder der jeweilige Prüfer. Wird während einer Prüfung ein Täuschungsversuch im Sinne von Satz 1 durch die Aufsichtsführende oder den Aufsichtsführenden festgestellt, kann diese oder dieser die Studierende oder den Studierenden von der jeweiligen Prüfung ausschließen. In diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend (5)“ bewertet. Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von der Prüferin oder dem Prüfer oder der oder dem Aufsichtsführenden nach Ermahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall wird die betroffene Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend (5)“ bewertet. Die jeweiligen Gründe für die Entscheidung nach Absatz 3 sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen von Täuschung oder Störung kann der Prüfungsausschuss die betreffenden Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

- (4) Der Prüfungsausschuss verlangt von Studierenden bei allen außer rein mündlich zu erbringenden Prüfungsleistungen eine schriftliche Erklärung, dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht haben. § 22 Abs. 8 bleibt unberührt.
- (5) Die oder der Studierende kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der oder dem Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor der Entscheidung ist der oder dem Studierenden Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

### III. Modulprüfungen

#### § 17

#### Studienprojekte

- (1) An den erfolgreichen Abschluss der Studienprojekte (Module 2 und 3) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Studienprojekte werden von den Studierenden in Gruppenarbeit von in der Regel 13 Studierenden durchgeführt und jeweils von mindestens zwei Lehrenden betreut und beraten (Betreuung und Beratung). Diese bilden die Prüfungskommission.
- (3) Für die Teilnahme an den Studienprojekten ist eine Anmeldung zur Modulprüfung beim Prüfungsausschuss erforderlich. Das Anmeldeverfahren sowie das Verfahren zur Verteilung der Studierenden auf die Studienprojekte legt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der oder dem Modulbeauftragten fest.
- (4) Voraussetzung für die Teilnahme an Modul 3 ist der erfolgreiche Abschluss von Modul 2. Die Voraussetzung muss zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Modulprüfung vorliegen.
- (5) Studienprojekte können in deutscher oder englischer Sprache angeboten werden. Bei der Wahl der Studienprojekte haben die Studierenden Anspruch auf ein Projekt in deutscher Sprache.
- (6) Die Module werden jeweils mit einer unbenoteten Modulprüfung abgeschlossen. Diese umfasst die Erarbeitung eines Projektberichts sowie eine Disputation. Voraussetzung für die Teilnahme der Modulprüfung ist die erfolgreiche Bearbeitung von Studienleistungen. Die Modulprüfung und die Studienleistungen werden von allen Projektmitgliedern gemeinsam bearbeitet und von der Prüfungskommission mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. Die an der Bearbeitung beteiligten Projektmitglieder sind namentlich aufzuführen. Zu jeder Studienleistung verfasst die Prüfungs-

- kommission eine schriftliche Stellungnahme, erläutert diese der Projektgruppe und leitet sie dem Prüfungsausschuss zu. Sie gibt der Projektgruppe ferner ein mündliches und ein schriftliches Feedback mit Hinweisen für die weitere Projektarbeit.
- (7) Die Beurteilung der Modulprüfung wird den Studierenden unmittelbar nach der Disputation mitgeteilt und dem Prüfungsausschuss zugeleitet.
  - (8) Die Bearbeitung der Modulprüfung und der Studienleistungen erfordert die regelmäßige und aktive Mitarbeit der Projektmitglieder. Diese umfasst insbesondere die Vor- und Nachbereitung der Projektsitzungen, Sitzungsmoderation und Protokollführung sowie die Bearbeitung von Arbeitsaufträgen.
  - (9) Beteiligen sich die Studierenden nicht aktiv im Sinne von § 17 Abs. 8 an der Bearbeitung der Modulprüfung oder den Studienleistungen, können einzelne Studierende oder Gruppen von Studierenden im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss von der weiteren Projektarbeit ausgeschlossen werden. Ein Projektausschluss ist bis vier Wochen vor der Projektdisputation möglich. Die betreffenden Studierenden müssen vor einem möglichen Projektausschluss schriftlich durch die Projektbetreuung darauf hingewiesen werden (Abmahnung). Die Abmahnung ist dem Prüfungsausschuss zuzuleiten.
  - (10) Lautet die Bewertung der Modulprüfung „nicht bestanden“, so kann die Modulprüfung einmalig durch die Teilnahme an einem neuen Studienprojekt wiederholt werden. Die Lehrenden können die Bewertung der Modulprüfung als „bestanden“ an die Bearbeitung von Auflagen durch die gesamte Projektgruppe, einzelne Studierende oder Gruppen von Studierenden knüpfen. Die Auflagen können einmalig innerhalb einer von der Prüfungskommission festzusetzenden Frist bearbeitet werden. Werden die Auflagen nicht zufriedenstellend bearbeitet, gilt die Modulprüfung für die betreffenden Studierenden als „nicht bestanden“. Studienprojekte sind endgültig nicht bestanden, wenn auch die Wiederholung der Modulprüfung als „nicht bestanden“ gilt.
  - (11) Die Disputation im Rahmen der Modulprüfung kann mit Zustimmung der Projektmitglieder öffentlich erfolgen.
  - (12) Der oder dem Modulbeauftragten ist vom Prüfungsausschuss Einsicht in die Prüfungsdokumente und Stellungnahmen zu den Studienprojekten zu gewähren.

## § 18

### Städtebauliche Entwürfe

- (1) An den erfolgreichen Abschluss der Städtebaulichen Entwürfe (Module 4 und 5) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Städtebauliche Entwürfe werden von den Studierenden in Gruppenarbeit von in der Regel drei bis fünf Studierenden bearbeitet. Andere Gruppengrößen oder Einzelarbeiten sind mit Zustimmung der jeweiligen Modulbeauftragten zulässig.
- (3) Für die Teilnahme an der Modulprüfung und den Studienleistungen ist eine Anmeldung bei den verantwortlichen Lehrenden erforderlich. Das Anmeldeverfahren sowie das Verfahren zur Verteilung der Studierenden auf die Entwurfsgruppen legen die jeweiligen Modulbeauftragten in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss fest.
- (4) Voraussetzung für die Teilnahme an Modul 5 ist der erfolgreiche Abschluss von Modul 4. Die Voraussetzung muss zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Modulprüfung vorliegen.
- (5) Die Module werden jeweils mit einer benoteten Modulprüfung (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Teilnahme an der Modulprüfung ist die erfolgreiche Bearbeitung von themen- und gebietspezifischen Studienleistungen, deren Art und Umfang zu Beginn des Semesters bzw. 14 Tage vor der Anmeldung zur Prüfungsleistung im kommentierten Vorlesungsverzeichnis anzukündigen sind. Sämtliche erfolgreich bearbeitete Studienleistungen müssen zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Modulprüfung zusammen bei den Lehrenden eingereicht werden. Die Studienleistungen

sind Gegenstand der Disputation. Die Beurteilung der Modulprüfung und der Studienleistungen ist den Studierenden gegenüber zu erläutern. Die Benotung der Modulprüfung wird den Studierenden unmittelbar nach der Disputation mitgeteilt und dem Prüfungsausschuss unverzüglich zugeleitet.

- (6) Lautet die Bewertung der Modulprüfung „nicht ausreichend (5)“, so kann die Modulprüfung einmalig wiederholt werden. Städtebauliche Entwürfe sind endgültig nicht bestanden, wenn auch die Wiederholung der Modulprüfung als „nicht ausreichend (5)“ gilt.

### **§ 19 Seminare**

- (1) An den erfolgreichen Abschluss der Seminare (Modul 23) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Für die Teilnahme an den Seminaren ist eine Anmeldung zu den Teilleistungen beim Prüfungsausschuss erforderlich. Das Anmeldeverfahren sowie das Verfahren zur Verteilung der Studierenden auf die Seminare legt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit der oder dem Modulbeauftragten fest.
- (3) Voraussetzung für die Teilnahme an Modul 23 ist der erfolgreiche Abschluss von Modulen gemäß § 24 Abs. 4. Die Voraussetzung muss zum Zeitpunkt der Anmeldung zu den Teilleistungen vorliegen.
- (4) Seminare können in deutscher oder englischer Sprache angeboten werden. Bei der Wahl der Seminare haben die Studierenden Anspruch auf ein Seminar in deutscher Sprache. Die Veranstaltungssprache wird im kommentierten Vorlesungsverzeichnis ausgewiesen.
- (5) Die Bearbeitung der Teilleistungen erfordert die regelmäßige und aktive Mitarbeit der Studierenden. Diese umfasst insbesondere mündliche und schriftliche Diskussionsbeiträge sowie weitere in den Seminarankündigungen geregelte Leistungen. Die Ankündigung erfolgt zu Beginn des Semesters bzw. 14 Tage vor der Anmeldung zur Prüfungsleistung.
- (6) Beteiligen sich die Studierenden nicht aktiv im Sinne von Absatz 5 an der Bearbeitung der Teilleistungen, werden die betroffenen Studierenden vorab durch die Lehrenden über die Möglichkeit des Nichtbestehens der Teilleistung schriftlich hingewiesen (Abmahnung). Die Abmahnung ist dem Prüfungsausschuss zuzuleiten.
- (7) Lautet die Bewertung der Teilleistung „nicht ausreichend (5)“, so kann die Teilleistung durch die Teilnahme an einem neuen Seminar wiederholt werden.

### **§ 20 Praxisphase**

- (1) An den erfolgreichen Abschluss der Praxisphase (Modul 25) werden folgende Anforderungen gestellt.
- (2) Das Modul schließt ohne Prüfungsleistung ab. Voraussetzung für den Erwerb der Leistungspunkte des Moduls ist ein Nachweis über ein mindestens sechswöchiges Praktikum in Vollzeit oder eine im Gesamtumfang vergleichbare berufspraktische Erfahrung im Berufsfeld der Raumplanung. Die Einzelheiten über die Anforderungen an den Nachweis regelt der Fakultätsrat in einer Richtlinie.

### **§ 21 Studium fundamentale**

- (1) An den erfolgreichen Abschluss des Studium fundamentale (Modul 24) werden folgende Anforderungen gestellt.

- (2) Das Lernziel und die Kompetenzen des Moduls können eine von § 24 Abs. 2 abweichende Regelung des Leistungspunkterwerbs erfordern, insbesondere durch eine Modulprüfung oder durch andere geeignete Leistungen, die im kommentierten Vorlesungsverzeichnis angekündigt werden und mit der bzw. dem Modulbeauftragten abgestimmt sein müssen.

## § 22 Bachelorarbeit

- (1) Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass die oder der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Sie wird von zwei Lehrenden betreut (Betreuerinnen oder Betreuer), die das Thema der Bachelorarbeit ausgeben und beim Prüfungsausschuss anmelden. Die Studierenden können Vorschläge für das Thema machen. Der Zeitpunkt der Ausgabe wird durch den Prüfungsausschuss aktenkundig gemacht.
- (2) Die Bachelorarbeit kann von allen Lehrenden gemäß § 13 Abs. 1 betreut werden. Mindestens eine Betreuerin oder ein Betreuer muss Mitglied der Fakultät Raumplanung sein.
- (3) Die Studierenden können für die Bachelorarbeit Betreuerinnen oder Betreuer vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch. Können Studierende keine Betreuerin oder keinen Betreuer benennen, sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass die oder der Studierende ein Thema für die Bachelorarbeit und eine Betreuerin oder einen Betreuer erhält.
- (4) Die Bachelorarbeit ist stets eigenständig als Einzelarbeit zu verfassen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass das Thema der Bachelorarbeit innerhalb einer Arbeitsgruppe von zwei Personen bearbeitet wird. Hierbei muss sichergestellt sein, dass der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen nach objektiven Kriterien deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (5) Die Anmeldung zur Bachelorarbeit setzt den erfolgreichen Abschluss der Module 1, 2, 3, 4, 8, 9 und 12 (§ 24 Abs. 2) voraus. Von den Voraussetzungen nach Satz 1 kann der Prüfungsausschuss in hinreichend begründeten Einzelfällen eine Befreiung erteilen. Die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit beträgt 12 Wochen. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der Betreuerin oder dem Betreuer den Bearbeitungszeitraum einmalig um zwei Wochen verlängern.
- (6) Das Thema der Bachelorarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten 14 Tage zurückgegeben werden; die Bachelorarbeit gilt dann als nicht begonnen.
- (7) Der Umfang der Bachelorarbeit soll 75.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) nicht überschreiten. Die Bachelorarbeit kann im Einvernehmen mit der Prüferin bzw. dem Prüfer in deutscher oder englischer Sprache erbracht werden.
- (8) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat die oder der Studierende an Eides statt zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie wörtliche und sinngemäße Zitate kenntlich gemacht hat (Selbstständigkeitserklärung). Bei Abgabe der Bachelorarbeit ist die Erklärung unterschrieben beizufügen.
- (9) Die Bachelorarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss in zweifacher Print-Ausfertigung sowie zusätzlich in einer für ein Softwareprodukt zur Plagiatserkennung verwendbaren elektronischen Fassung (elektronische Textform) abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei Posteinlieferung gilt das Datum des Poststempels. Wird die Bachelorarbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit „nicht ausreichend (5)“ bewertet. Die Bachelorarbeit wird von den Betreuerinnen oder Betreuern begutachtet und bewertet. Die Bewertung ist dem Prüfungsausschuss un-

verzüglich zu übermitteln. Die Note der Bachelorarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet und auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma ohne Rundung gekürzt, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz mehr als 2,0, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Bachelorarbeit bestimmt. In diesem Fall wird die Note der Bachelorarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet; Satz 6 findet Anwendung. Die Bachelorarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend (4,0)“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend (4,0)“ oder besser sind.

- (10) Die Bewertung der Bachelorarbeit ist der oder dem Studierenden spätestens sechs Wochen nach der Abgabe über den Prüfungsausschuss mitzuteilen.
- (11) Die Bachelorarbeit kann nur einmal und nur als Ganzes wiederholt werden.

#### IV. Studienabschluss

##### § 23

##### Zulassung zur Bachelorprüfung

- (1) Mit der Immatrikulation in den Bachelorstudiengang Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund oder der Zulassung als Zweithörerin oder Zweithörer gemäß § 52 Abs. 2 HG gilt eine Studierende oder ein Studierender als zu den Prüfungen des Bachelorstudiengangs Raumplanung zugelassen, es sei denn die Zulassung ist gemäß Absatz 2 zu versagen.
- (2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn
  - a) die oder der Studierende eine Bachelorprüfung in einem gleichen oder verwandten Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder
  - b) der Kandidatin oder dem Kandidaten nach abgelegter Prüfung in einem der vorgenannten Studiengänge aufgrund einer anschließenden Anfechtung des Prüfungsbescheides eine bestands- und rechtskräftige Entscheidung über das endgültige Nichtbestehen noch nicht vorliegt.

##### § 24

##### Bachelorprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung setzt sich aus Prüfungen gemäß § 7 zusammen, in denen insgesamt 220 Leistungspunkte in Pflichtmodulen und 8 Leistungspunkte in Wahlpflichtmodulen zu erwerben sind. Weitere 12 Leistungspunkte sind durch den Nachweis einer Praxisphase gemäß § 20 zu erwerben.
- (2) Die Prüfungen sind in den folgenden Modulen zu erbringen:

Modulnummer und Modultitel	Typ	LP	Prüfungsleistung	
1 Einführung in die Raumplanung	P	6	MP	Benotet
2 Anfänger/-innen-Projekt	P	24	MP	Unbenotet
3 Fortgeschrittenen-Projekt	P	24	MP	Unbenotet
4 Städtebaulicher Entwurf I und II	P	24	MP	Benotet
5 Wahlpflichtmodul: Städtebaulicher Entwurf III	WP	8	MP	Benotet
6 Grundlagen der Raumplanung: Gesellschaft	P	6	MP	Benotet
7 Grundlagen der Raumplanung: Ökonomie	P	6	MP	Benotet
8 Grundlagen der Raumplanung: Raum, Recht und Verwaltung	P	9	MP	Benotet

9 Empirische Erhebungs- und Analysemethoden	P	10	MP	Benotet
10 Graphische Analyse- und Darstellungsmethoden	P	12	3 TL	Benotet
11 Wahlpflichtmodul: Übungsmodul	WP	8	2 TL	Benotet
12 Räumliche Gesamtplanung	P	6	MP	Benotet
13 Stadtgestaltung und Denkmalpflege	P	6	MP	Benotet
14 Bodenpolitik	P	9	MP	Benotet
15 Querschnittsmodul: Allgemeine Planungstheorie	P	7	MP	Benotet
16 Querschnittsmodul: International	P	7	MP	Benotet
17 Querschnittsmodul: Methoden, Verfahren und Instrumente	P	7	MP	Benotet
18 Querschnittsmodul: Theorie der Raumentwicklung	P	7	MP	Benotet
19 Sektoralplanung: Landschaft und Umwelt	P	6	MP	Benotet
20 Sektoralplanung: Umwelt und Energie	P	6	MP	Benotet
21. Sektoralplanung: Verkehr und Mobilität	P	6	MP	Benotet
22 Sektoralplanung: Wohn- und Gewerbeimmobilien	P	6	MP	Benotet
23 Aktuelle Fragen der Raumplanung	P	8	2 TL	Benotet
24 Studium fundamentale	P	6	2 TL	Unbenotet
25 Praxisphase	P	12	-	Unbenotet
26 Bachelorarbeit	P	12	MP	Benotet

P = Pflicht, WP = Wahlpflicht, MP = Modulprüfung, TL = Teilleistung

- (3) Die Prüfungsleistungen sind in den Modulbeschreibungen (Modulhandbuch) konkretisiert.
- (4) Die Teilnahme an einzelnen Modulprüfungen oder Teilleistungen setzt den erfolgreichen Abschluss bestimmter Module voraus (Teilnahmevoraussetzungen). Teilnahmevoraussetzung für die Module 14, 15, 16, 17, 18 und 23 ist der erfolgreiche Abschluss der Module 1, 2, 8, 9 und 12.
- (5) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche 240 Leistungspunkte aus den Prüfungen sowie der Ableistung der Praxisphase erworben wurden.
- (6) Die Bachelorprüfung ist insgesamt endgültig nicht bestanden, wenn die oder der Studierende in einem oder mehreren der Module nicht mehr die erforderliche Mindestzahl von Leistungspunkten erwerben kann, eines der in Absatz 2 genannten Module endgültig nicht bestanden wurde oder eine Studierende oder ein Studierender die in § 8 Abs. 1 genannte Frist versäumt hat.
- (7) Ist die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, so erteilt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der oder dem Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Auf Antrag wird der oder dem Studierenden eine Bescheinigung über die erfolgreich abgelegten Prüfungen ausgestellt. Aufgenommen wird der Zusatz, dass diese Bescheinigung nicht für die Vorlage an einer anderen Hochschule gilt.

## § 25

### **Bewertung der studienbegleitenden Prüfungsleistungen, Erwerb von Leistungspunkten, Bildung von Noten**

- (1) Die Noten für die Prüfungen und Teilleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:
  - sehr gut (1) = eine hervorragende Leistung
  - gut (2) = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
  - befriedigend (3) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht

- ausreichend (4) = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
- nicht ausreichend (5) = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

Zur weiteren Differenzierung der studienbegleitenden Prüfungen werden die Noten um 0,3 verringert oder erhöht werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (2) Die dem jeweiligen Modul zugeordnete Zahl von Leistungspunkten wird erworben, wenn die Modulprüfung bzw. sämtliche Teilleistungen mit mindestens „ausreichend (4,0)“ oder bestanden bewertet worden ist.
- (3) Wird das Modul durch eine Modulprüfung abgeschlossen, so ist deren Note gleichzeitig die Modulnote. Bei Teilleistungen errechnet sich die Modulnote aus dem arithmetischen Mittel der nicht gerundeten Noten der im Rahmen des jeweiligen Moduls abgelegten Teilleistungen, die mit dem Gewicht der ihnen zugeordneten Leistungspunkte in die Modulnote einfließen. Bei der Bildung der Modulnoten wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Modulnoten lauten in Worten:
  - bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut
  - bei einem Durchschnittswert über 1,5 bis 2,5 = gut
  - bei einem Durchschnittswert über 2,5 bis 3,5 = befriedigend
  - bei einem Durchschnittswert über 3,5 bis 4,0 = ausreichend
  - bei einem Durchschnittswert über 4,0 = nicht ausreichend

Ergänzend zur Modulnote in Worten wird der Durchschnittswert angegeben.

- (4) Die Abschlussnote der Bachelorprüfung errechnet sich zu 20% aus der Note der Bachelorarbeit und zu 80% aus dem Mittelwert der einzelnen Modulnoten aller benoteten Module gemäß § 24 Abs. 2 ausgenommen der Bachelorarbeit, die nach Anzahl der ihnen zugeordneten Leistungspunkte gewichtet werden. Bei der Bildung der Abschlussnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (5) Die Abschlussnote wird zugleich in Form eines Grades nach dem European Credit Transfer System (ECTS) ausgewiesen. Darüber hinaus können ECTS-Grade für alle benoteten Prüfungsleistungen ausgewiesen werden. Hierzu ist ein entsprechender Beschluss des Prüfungsausschusses erforderlich.
- (6) Die Grade nach ECTS werden wie folgt ausgewiesen:
  - A = in der Regel die besten ca. 10 % der erfolgreichen Studierenden;
  - B = in der Regel die nächsten ca. 25 % der erfolgreichen Studierenden;
  - C = in der Regel die nächsten ca. 30 % der erfolgreichen Studierenden;
  - D = in der Regel die nächsten ca. 25 % der erfolgreichen Studierenden;
  - E = in der Regel die nächsten ca. 10 % der erfolgreichen Studierenden.
- (7) Die Bildung der ECTS-Grade erfolgt grundsätzlich durch einen Vergleich der Kohorten der letzten sechs Semester. Ist diese Gruppe kleiner als 50 Personen, so ist die Bezugsgruppe aus den letzten 10 Semestern zu ermitteln. Das aktuelle Semester soll bei der Bildung der ECTS-Grade grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Solange keine statistischen Daten zur Berechnung einer relativen Bewertung zur Verfügung stehen, werden keine ECTS-Grade ausgewiesen. Aus Gründen der rechtssicheren Vergabe kann durch Beschluss des Prüfungsausschusses auf die Ausweisung von ECTS-Graden verzichtet werden. Entsprechende Hinweise erscheinen im Abschlussdokument. Bei der Zusammensetzung der Vergleichsgruppe ist nach dem Abschluss und dem Studiengang zu differenzieren. Darüber hinaus kann in sachlich begründeten Fällen eine andere Zusammensetzung der Vergleichsgruppe erfolgen. Hierzu ist ein entsprechender Beschluss des Prüfungsausschusses erforderlich.



## § 26

### Zusatzqualifikationen

- (1) Studierende können sich bis zum Abschluss der letzten Prüfung des Studiengangs in weiteren Wahlpflichtmodulen oder Modulen mit Teilleistungen zu Wahlpflichtelementen des Bachelorstudiums, in Fächern anderer Studiengänge der Fakultät Raumplanung oder in Fächern anderer Studiengänge, die Bestandteil von Kooperationsvereinbarungen mit der Fakultät Raumplanung sind, einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer).
- (2) Die Ergebnisse der Prüfung in diesen Zusatzfächern werden bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt, sie werden auf Antrag der Studierenden in das Zeugnis aufgenommen. Diese Zusatzfächer können dann nicht mehr als Pflicht- oder Wahlpflichtleistung in einem anderen Studiengang angerechnet werden.
- (3) Bestandene Prüfungsleistungen in Zusatzfächern können nicht dazu herangezogen werden, endgültig nicht bestandene Leistungen im Sinne von § 24 Abs. 2 zu ersetzen.

## § 27

### Bachelorurkunde, Zeugnis, Bescheinigungen für einen Hochschulwechsel

- (1) Studierenden wird eine Bachelorurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Bachelorgrades gemäß § 4 beurkundet.
- (2) Die Bachelorurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät und der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.
- (3) Über die bestandene Bachelorprüfung erhält die bzw. der Studierende spätestens vier Wochen nach der Bewertung der letzten Prüfungsleistung ein Zeugnis. Auf dem Zeugnis wird das Datum an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde vermerkt. In das Zeugnis sind die Gesamtnote der Bachelorprüfung einschließlich des ECTS-Grades nach § 25 Abs. 5, das Thema und die Note der Bachelorarbeit, die Themen der erfolgreich erbrachten Projekt- und Entwurfsarbeiten sowie Seminare, die übrigen Module und Modulnoten einschließlich der jeweiligen Teilleistungen sowie die Anzahl der in den einzelnen Modulen erworbenen Leistungspunkte aufzunehmen. Außerdem werden jeweils die Namen der Prüferinnen oder Prüfer bzw. Betreuerinnen und Betreuer ausgewiesen. Das Zeugnis wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben.
- (4) Dem Zeugnis wird eine Übersicht über alle erbrachten Prüfungsleistungen (Transcript of Records) sowie ein Diploma Supplement beigefügt. Es beschreibt Art, Inhalt und Qualifikationsniveau des Studiengangs sowie die erbrachten Leistungen. Es enthält zudem Informationen über die Hochschule bzw. das Hochschulsystem. Das Diploma Supplement wird in deutscher und englischer Sprache ausgestellt.
- (5) Auf Antrag der oder des Studierenden wird auch vor Abschluss der Bachelorprüfung eine Bescheinigung über die bereits erbrachten Prüfungsleistungen erstellt, die eine Aufstellung der erfolgreich absolvierten Module mit den erworbenen Leistungspunkte und Prüfungsleistungen und den Noten nach § 25 Abs. 1 enthält (Notenübersicht). Die Notenübersicht kann einmal pro Semester beantragt werden.

## § 28

### Ungültigkeit der Prüfung und Aberkennung des Bachelorgrades

- (1) Hat die oder der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die oder der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Vor einer Entscheidung gemäß Absatz 1 und 2 ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.
- (5) Der Bachelorgrad wird aberkannt und die Urkunde ist einzuziehen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. Über die Aberkennung entscheidet der Fakultätsrat der Fakultät Raumplanung.

## V. Schlussbestimmungen

### § 29

#### Inkrafttreten und Veröffentlichung, Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität Dortmund veröffentlicht und tritt mit Wirkung vom 01.10.2012 in Kraft. Diese Prüfungsordnung findet Anwendung auf alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2012/2013 an der Technischen Universität Dortmund für den Bachelorstudiengang Raumplanung erstmalig eingeschrieben werden.
- (2) Für alle Studierenden, die bereits vor dem 01.10.2012 in den Bachelorstudiengang Raumplanung eingeschrieben waren, gilt anstelle des § 24 der § 18 und anstelle des § 25 Abs. 4 der § 19 Abs. 4 der Prüfungsordnung vom 08.01.2008, zuletzt geändert am 02.02.2010. Der Prüfungsausschuss trifft erforderlichenfalls notwendige Anpassungen im Prüfungsverfahren entsprechend § 7 Abs. 9. Bereits begonnene Prüfungsverfahren können fortgesetzt werden. Hierfür werden Hinweise durch den Prüfungsausschuss bereitgestellt.
- (3) Studierende, die sich erstmalig im Wintersemester 2011/2012 in den Bachelorstudiengang Raumplanung eingeschrieben haben oder Studierende, die noch keine Prüfungsleistung erbracht haben, können auf Antrag an den Prüfungsausschuss vollständig in diese Prüfungsordnung wechseln. Die Frist für den Wechsel wird vom Prüfungsausschuss festgesetzt.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät Raumplanung vom 30.01.2013 sowie des Rektorats der Technischen Universität Dortmund vom 23.01.2013.

Dortmund, den 4. Februar 2013

Die Rektorin  
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessorin  
Dr. Ursula Gather